

Wortgefecht um Transparenz



Bei der Begrüssung sind beide noch freundlich, danach geht es zur Sache: Christian Heydecker und Claudio Kuster.

Fotos: Peter Pfister

PARTEIGELDER Ein Streitgespräch, das den Namen verdient: FDP-Kantonsrat Christian Heydecker und Claudio Kuster schenken sich nichts, wenn es um die Umsetzung der Transparenz-Initiative geht.

Interview: Mattias Greuter

Nachdem vor zwei Jahren die Transparenz-Initiative der Juso angenommen wurde, ging die Debatte erst richtig los. Jetzt liegen mehrere Wege vor, wie Spenden an Parteien und Kampagnen in Zukunft offengelegt werden sollen (siehe Kasten auf Seite 9). Der Kantonsrat hat einer Motion von Christian Heydecker zugestimmt, die den Text der Juso-Initiative vollständig aus der Verfassung streichen soll. Darüber empört haben linke Parteien die «Umsetzungsinitiative» lanciert (AZ vom 17. Februar). Als sich Heydecker und Kuster zum Streitgespräch treffen, ist die Stimmung aufgeladen.

AZ Claudio Kuster, haben Sie schon einmal eine Spende an eine Partei oder eine Kampagne gemacht, die gemäss Ihrer Initiative offengelegt werden müsste?

Claudio Kuster Nein. In Abstimmungskämpfen, die ich selbst lanciert hatte, investierte ich selbst jeweils etwa 1000 Franken. Erst ab 3000 Franken wären Spenden von Privatpersonen offengelegungspflichtig.

Und Sie Herr Heydecker?

Christian Heydecker Ja, an meinem eigenen Ständeratswahlkampf im Jahr 2011 habe ich deutlich mehr gezahlt.

Die neue Initiative schwächt die Transparenzinitiative der Juso punktuell ab und eliminiert bürokratischen Aufwand, gerade für kleine Gemeinden. Ist das nicht «Transparenz mit Augenmass», wie von Ihnen gefordert, Herr Heydecker?

Heydecker Die neue Initiative ist eine Nachbesserungs- beziehungsweise eine Verschlimmbesserungsinitiative. Sie eliminiert erstens gewisse Pferdefüsse der Juso-Initiative, wegen denen ich im Frühling 2021 meine Motion «Mehr Transparenz – aber mit Augenmass» eingereicht habe. Zweitens aber bringt sie neue Vorschriften und drittens enthält sie heikle Übergangsbestimmungen ...

Kuster Diese Übergangsbestimmungen sind das «Fleisch am Knochen».

Warum?

Kuster Sie sorgen dafür, dass die Juso-Initiative und die Zusätze unserer Initiative sofort, quasi am Montag nach der Abstimmung, in Kraft treten und angewendet werden können.

Heydecker Ich hätte ein gewisses Verständnis, wenn beim Thema Transparenz wirklich ein dringliches Problem vorliegen würde.

Hat das Ja zur Juso-Initiative nicht gezeigt, dass die Bevölkerung das Thema für dringlich hält?

Heydecker Transparenz ist ja kein Selbstzweck, sondern ein Mittel zum Zweck. Claudio, ich frage dich: Was ist das Ziel von mehr Transparenz?

Kuster Eine unverfälschte Willensbildung und Stimmabgabe der Bürgerinnen und Bürger und damit wieder mehr Vertrauen in die Politik.

Heydecker 100 Prozent einverstanden! Beeinflusst eine 200-Franken-Spende der Schreinermeister Höbeli AG eine Abstimmung? Nein. In der Initiative, auch im zweiten Anlauf, steht aber: Spenden von juristischen Personen, also von Firmen, müssen ab dem ersten Franken deklariert werden.

Sie haben angetönt, das ganze Problem sei nicht dringlich. Warum?

Heydecker Wenn die Parteifinanzierung wirklich ein riesiges Problem wäre, müssten wir «den Sumpf trockenlegen». Aber sie ist schlicht kein grosses Problem.

Kuster Ich finde auch nicht, sie ist in Schaffhausen ein riesiges Problem, aber sie muss einfach öffentlich sein.

Heydecker Es ist nicht so, dass zehntausende von Franken als Spenden eingehen, das ist im Kanton Schaffhausen einfach nicht die Realität. Die grössten Spenden von Privatpersonen, die ich als Parteipräsident erlebt habe, haben vielleicht 2000 Franken betragen. Von juristi-

«Wenn ein Marsmensch das liest glaubt er, Politikfinanzierung sei das absolut wichtigste Problem des Kantons.»

Christian Heydecker

schen Personen gab es selten einmal 5000 Franken. Ein Abstimmungskomitee gibt vielleicht 11 000 oder 12 000 Franken aus.

Kuster Du skizzierst eine eher kleine Kampagne. Beim Wasserwirtschaftsgesetz beispielsweise wurden enorme Summen in den Abstimmungskampf gebuttert.

Christian Heydecker, Sie wollen in der Verfassung nur zwei Sätze zur Transparenz haben.

Heydecker Genau: den Grundsatz! Und alles andere gehört in ein Gesetz. Mit der neuen Initiative aber würden wir für dieses Thema einhalb Seiten unserer Verfassung reservieren. Wenn ein Marsmensch das liest, glaubt er, Politikfinanzierung sei das absolut wichtigste Problem des Kantons. Das ist doch absurd.

Kuster Dir geht es doch gar nicht um eine schlanke Verfassung, dir geht es um den Inhalt der Initiative. Seit einem Jahr warte ich darauf, dass du die Karten auf den Tisch legst und sagst, was dich konkret stört. Jetzt hast du immerhin einen Punkt genannt, die Offenlegungspflicht für Firmenspenden ab dem ersten Franken.

Was ist aus Ihrer Sicht inhaltlich falsch an der Initiative?

Heydecker Der vielleicht wichtigste Punkt betrifft die Kontrolle der offengelegten Zahlen: Sie würde einen grossen Aufwand auslösen. Darum brauchen wir eine Regelung, die auf Selbstkontrolle und bei Bedarf allenfalls Stichproben basiert.

Kuster Hast du einen weiteren inhaltlichen Kritikpunkt?

Transparenz: drei Varianten

Die Transparenz-Initiative der Juso wurde im Februar 2020 angenommen. Sie schrieb die zu diesem Zeitpunkt schärfsten Transparenzregeln der Schweiz in die Kantonsverfassung, die aber bisher nicht angewandt werden, weil es noch kein Gesetz zur Umsetzung gibt:

1 Franken: Es gibt keinen Schwellwert für die Kampagnengrösse: Jede Kampagne untersteht den Offenlegungspflichten.

1 Franken: Jede politische Spende von juristischen Personen wird öffentlich gemacht.

Ab **3000 Franken** pro Jahr müssen Spenden von natürlichen Personen offengelegt werden.

Alle Kandidierenden und alle Gewählten legen ihre **Interessenbindungen** offen.

Kontrolle: Der Kanton oder eine unabhängige Stelle überprüfen die Angaben von Parteien und Komitees.

Die Umsetzungsinitiative wurde von Claudio Kuster sowie linken und grünen Parteien ergriffen. 900 (von 1000 nötigen) Unterschriften sind bereits gesammelt. Die Initiative will die wichtigsten Bestimmungen Transparenz-Initiative durchzusetzen, nimmt aber einige Anpassungen vor:

3000 Franken / 3000 Einwohner: kleine Kampagnen und Abstimmungen und Wahlen in Gemeinden mit einer Bevölkerungszahl bis 3000 sind von der Offenlegungspflicht ausgenommen.

1 Franken: Jede politische Spende von juristischen Personen wird öffentlich gemacht.

Anonyme Spenden dürfen nicht angenommen werden.

Strafen: Zusätzlich zu den von der Juso-Initiative eingebrachten Bussen sollen Spenden an Parteien oder Komitees, die sich nicht an die Regeln halten, nicht von den Steuern abgezogen werden können.

«**Mehr Transparenz – aber mit Augenmass**»: Die Motion von Christian Heydecker will alle Details in einem Gesetz regeln. Die Regierung hat einige Eckpunkte dafür bereits vorgeschlagen:

10000 Franken: Erst ab dieser Grösse sind Kampagnen offenlegungspflichtig.

3000 Einwohnerinnen: Abstimmungen und Wahlen in Gemeinden mit einer Bevölkerungszahl bis 3000 sind von der Offenlegungspflicht ausgenommen.

3000 Franken dürfen Spenden von natürlichen und juristischen Personen betragen, die nicht offengelegt werden müssen.

Anonyme Spenden bis 1000 Franken sind erlaubt.

Interessenbindungen müssen erst nach einer Wahl offengelegt werden.

Kontrolle findet nur stichprobenweise statt. Wer die Regeln nicht einhält, wird gebüsst.

Heydecker Ja, die Gemeinden, für die das Ganze einen bürokratischen Aufwand bedeutet.

Kuster Das haben wir korrigiert: Nach unserer Initiative wären nur die fünf grössten Gemeinden betroffen und die restlichen 21 nicht mehr. Wir haben einen riesigen Schritt auf euch zu gemacht.

Heydecker Wenn man diesen Gedanken ernst nimmt, müssten wir sagen: Eigentlich ist nur die Stadt Schaffhausen betroffen, that's it.

Claudio Kuster, die Regierung schlägt zur Umsetzung der Motion Heydecker Regeln vor, die sich zu einem grossen Teil mit der neuen Initiative decken. Warum braucht es die Initiative überhaupt?

Kuster Erstens ist das noch nicht in trockenen Tüchern, zweitens sind wir mit einigen Punkten nicht einverstanden. Die anonymen Spenden gehören dazu, aber auch die Spenden von Firmen: Die Regierung schlägt einen Grenzwert von 3000 Franken vor, das ist zu hoch. Auch der Grenzwert für die Kampagnengrösse: Alle Kampagnen bis 10000 Franken wäre nicht betroffen, das ist uns viel zu hoch.

Sie beide sind sich nicht nur über den Weg uneinig, sondern auch über die Schärfe der Regeln.

Heydecker Weissst du, Claudio, ich bin der Praktiker.

Kuster Hey, ich stehe in Schaffhausen hinter vielen Initiativen und Referenden. Komm mir nicht mit «Praktiker», da muss ich intervenieren.

Heydecker Ich bin der Parteienpraktiker.

Kuster Okay.

Heydecker Die Parteien haben eine wichtige Aufgabe.

Kuster Eine sehr wichtige sogar.

Heydecker Wenn Parteien Kleinstspenden öffentlich publizieren müssen, wird es Leute geben, die das nicht wollen. Und den Parteien wird Geld fehlen. Es gibt Leute, die in einer bürgerlichen Welt leben, aber klammheimlich die SP finanziell unterstützen. Die müssten sich plötzlich unangenehme Fragen gefallen lassen und würden nicht mehr spenden.

Herr Heydecker, die Initiantinnen und Initianten werfen Ihnen vor, Sie wollen die Juso-Initiative möglichst weit rückgängig machen ...

Heydecker Das stimmt einfach nicht. Und das ist ehrenrührig.

Der Vorwurf lautet auch, Sie wollen die Umsetzung bis nach den nächsten Wahlen hinauszögern.

Heydecker Nein. Wenn die Verwaltung keine Kapazitäten hat, kann sie mir ein Mandat geben, und ich schreibe die Gesetzesvorlage. Und für eine Alibiübung werde ich im Parlament nicht Hand bieten.

Wenn die Bevölkerung zu Ihrem Weg Ja sagt und der Kantonsrat die genauen Regeln festlegt: Stehen Sie dann vor das Parlament und setzen sich für ein griffiges Gesetz ein?

Heydecker Absolut.

Claudio Kuster, Ihre Initiative würde die Juso-Initiative punktuell abschwächen. 21 Gemeinden wären beispielsweise nicht mehr betroffen ...

Kuster Ein grosses Entgegenkommen, finden Sie nicht?

... als Stimmbürger könnte ich mich vor den Kopf gestossen fühlen, wenn ich der Juso-Initiative zugestimmt habe. Sie machen genau, was Sie Christian Heydecker vorwerfen: Sie machen einen Volksentscheid teilweise rückgängig.

«Wir wollen, dass endlich etwas passiert.»

Claudio Kuster

Kuster Nun, die kleinen Gemeinden haben die Juso-Initiative ja auch abgelehnt. Die grossen, die betroffen wären, haben zugestimmt. Wir beziehen uns, so gut es geht, auf den Volkswillen. Und letztlich muss man pragmatisch sein – wir wollen, dass endlich etwas passiert.

Heydecker Was ich nicht verstehe: Warum warten wir nicht die Abstimmung über den neuen Verfassungsartikel ab, den ich eingebracht habe, und schauen dann, was das Parlament daraus macht? Wenn das ungenügend ist, könnt ihr ja mit einer Initiative kommen.

Kuster Nein, dann wären wir zu spät.

Heydecker Ich finde es einfach bemerkenswert, dass die Initianten nach eineinhalb Jahren ihre eigene Initiative verbessern wollen.

Kuster Ihr hintertreibt dafür den Volkswillen.

Heydecker Das ist eine Frechheit, Claudio ...

Kuster Ich finde euer Vorgehen eine Frechheit!

Heydecker ... Ich mache nichts hinter dem Rücken des Volkes. Wenn das Volk meinen Vorschlag ablehnt – fair enough, dann haben wir klare Verhältnisse.

Die Stimmbevölkerung hat das letzte Wort. Sowohl zu Herrn Heydeckers Vorschlag als auch zum Gesetz, das ihn umsetzen soll. Wo ist das Problem?

Kuster Sollen wir jetzt immer zwei oder gar drei Mal abstimmen? Wie bei der Masseneinwanderungsinitiative der SVP oder bei der Prämienvverbilligungsinitiative der AL?

Heydecker Nein. Aber wir haben diese Ausgangslage nur, weil der Text der Juso-Initiative so detailliert ist.



Christian Heydecker verspricht, sich für ein griffiges Gesetz einzusetzen.

Kuster Ihr hättet ja einen Gegenvorschlag machen können auf Gesetzesebene. Aber ihr habt die Initiative nicht ernst genommen. Und nach dem Ja an der Urne hast du deine Motion eingereicht, um die Initiative per Federstrich wieder aus der Verfassung zu kippen, noch bevor die Umsetzung nur schon versucht worden war.

Heydecker Bei der Formulierung des neuen Verfassungsartikels hatte ich nur eine Absicht.

Kuster Eine carte blanche?

Heydecker Nein, ich will das Ganze nicht vom Tisch wischen, sondern eine Transparenzregelung auf Gesetzesstufe schaffen. Dafür brauchen wir mehr Spielraum, als der Text der Juso-Initiative zulässt. Darum geht es mir.

Der Text der Juso-Initiative und auch der neuen Initiative ist so detailliert, weil die Initiantinnen und Initianten nicht darauf vertrauen, dass das Parlament wirklich ein griffiges Gesetz schreibt. Wie wird es aussehen? Ab welcher Grösse müsste eine Kampagne ihre Finanzquellen offenlegen?

Kuster Wahrscheinlich erst ab 20 000 Franken, wie es die SVP in der Vernehmlassung gefordert hat.

Heydecker Nein! Das kann ich dir hier versichern: Die Grenze wird nicht bei 20 000 Franken liegen.

Wenn die SVP diesen Antrag stellt, werden Sie dann dagegen das Wort ergreifen?

Heydecker Ja, das mache ich. 20 000 Franken sind zu hoch.

Kuster Was wäre für dich richtig?

Heydecker 5000 bis 10 000 Franken. Von mir aus könnten wir 5000 machen.

Die Umsetzungsinitiative will einen Grenzwert von 3000 Franken. Ich vermute, im Parlament könnten 10 000 Franken mehrheitsfähig sein – das ist, was die Regierung vorschlägt. Damit würde es in der Stadt und sogar auf Kantonsebene Kampagnen geben, für die keine Offenlegungspflicht gilt.

Heydecker Das sind ja auch keine richtigen Kampagnen. Weniger als 10 000 Franken heisst, eine Partei hängt ein paar Plakätli auf und macht einen kleinen Flyer.

Christian Heydecker, wie stehen Sie zu anonymen Spenden? Die Regierung will sie bis 1000 Franken erlauben.

Heydecker Sie können verboten werden, damit wäre ich einverstanden.

Claudio Kuster, auch Ihre Initiative schliesst nicht alle Schlupflöcher. Ich könnte vor einer Abstimmung der SP, den Grünen, der

Juso und dem überparteilichen Komitee je 3000 Franken spenden, also insgesamt 12000 Franken. Weil ich mit jeder Einzelspende den Grenzwert aber nicht überschreite, müsste das nicht offengelegt werden.

Kuster In der Praxis schliessen sich die Parteien zu einer Kampagne zusammen. Aber Sie haben recht: Man könnte in Zukunft Kampagnen diversifizieren, das ist ein Schlupfloch. Auf Bundesebene gibt es einen Artikel, der besagt: Mehrere Kampagnen für das gleiche Anliegen müssen zusammen betrachtet werden. Diese Regelung konnten wir nicht auch noch in die Initiative schreiben, sollte aber im Gesetz aufgenommen werden.

«Eine Frechheit.»

Beide

Ich stelle fest: Beide Seiten sagen, sie wollen den Volkswillen konkretisieren. Aber Sie trauen einander nicht. Herr Heydecker sagt, Herr Kuster will «verschlimmbessern», und Herr Kuster wirft Herrn Heydecker vor, er wolle den Volkswillen rückgängig machen.

Heydecker Die Initiative will nachbessern. Das irritiert mich, ich habe noch nie erlebt, dass die gleichen Kreise nach eineinhalb Jahre ihre Initiative nachbessern müssen. Das gab es noch nie.

Kuster Schweizweit einmalig ist: Regierungsrat und Parlamentsmehrheit goutieren, dass ein Verfassungsartikel kurz nach der Abstimmung per Federstrich gestrichen wird. Das ist der Skandal.

Claudio Kuster, glauben Sie Herrn Heydecker, dass er sich für griffige Regeln einsetzen wird?

Kuster Es geht weniger um Christian Heydecker. Entscheidend ist die Mehrheit im Kantonsrat, und die will keine Transparenz – egal in welcher Variante.

Heydecker Ganz unbescheiden sage ich: Meine Stimme hat in diesem Geschäft Gewicht. Wenn ich sage, es gibt keine Alibiübung, wird mir die FDP-Fraktion folgen. Zusammen mit SP und Grünen wird das reichen.

Wir werden noch mindestens zwei Mal abstimmen können: über die Verfassungsänderung gemäss Motion Heydecker und über die Umsetzungsinitiative. Haben wir danach Klarheit, oder werden weitere Abstimmungen über die Umsetzung nötig sein?

Kuster Es wird ein ewiges Hickhack geben. Es geht letztlich um Macht, darum wird man – wie in der Steuerpolitik – immer wieder an den Regeln schrauben. Das ist aber auch legitim.

Heydecker Nein. Wenn wir meine Motion mit einem guten Gesetz umsetzen, allenfalls mit einer weiteren Abstimmung, haben wir die nächsten 15 Jahre keine Diskussionen mehr.



Claudio Kuster misstraut der Kantonsratsmehrheit und hat mit einer Initiative nachgedoppelt.